

02/11/11 11:12

Gebührensatzung der Gemeinde Kuckssee über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen (Sondernutzungsgebührensatzung)

Aufgrund von § 5 Abs. 1 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung - KV M-V) vom 13. Juli 2011 (GVOBl. M-V 2011, S. 777) und §§ 22,23,24 und 28 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Mecklenburg Vorpommern (StrWG M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Januar 1993 (GVOBl. M-V S. 42), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 20. Mai 2011 (GVOBl. M-V S. 323, 324) sowie des § 8 Abs. 1 und 3 des Bundesfernstraßengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S. 1206), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung Kuckssee am 24. April 2012 folgende Satzung erlassen.

§ 1 Gebührenpflicht

- (1) Für die erlaubnispflichtige Sondernutzung werden Gebühren nach Maßgabe des Gebührentarifs (Anlage 1), der Bestandteil dieser Satzung ist, erhoben. Ist die Gebühr niedriger als die im Tarif festgelegte Mindestgebühr, so wird die Mindestgebühr erhoben.
- (2) Das Recht, für die Erteilung der Sondernutzungserlaubnis Verwaltungsgebühren nach der jeweils geltenden Fassung der Verwaltungsgebührensatzung des Amtes Penzliner Land zu erheben, bleibt hiervon unberührt.

§ 2 Gebührensschuldner

Gebührensschuldner sind der Antragsteller, der aus der Erlaubnis Berechtigte und derjenige, der die Erlaubnis in Anspruch nimmt. Mehrere Gebührensschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 3 Gebührenveranlagung

- (1) Die Gebührenschuld entsteht mit der Erteilung der Erlaubnis.
- (2) Wird die Sondernutzung für eine bestimmte Zeit erlaubt, werden die zu entrichtenden Gebühren bereits bei der Erlaubniserteilung endgültig berechnet.
Die Gebühren sind fällig
 - a) für Sondernutzungen auf Zeit bei deren Erteilung oder zu dem im Bescheid genannten Zeitpunkt
 - b) für Sondernutzungen, die länger als für ein Jahr erteilt werden, jeweils zum 15.01. eines Jahres.

- (3) Auf die Erhebung von Gebühren kann ganz oder teilweise verzichtet werden, wenn ihre Erhebung nach Lage des Einzelfalles für den Gebührenschuldner eine besondere Härte bedeuten würde.
- (4) Von der Erhebung von Gebühren wird in folgenden Fällen abgesehen:
 1. die Sondernutzung wurde durch die Gemeinde Kuckssee oder deren Gesellschaften veranlasst
 2. die Sondernutzung dient ausschließlich religiösen, karitativen, gemeinnützigen oder politischen Zwecken ohne wirtschaftlichen Nebenzweck
 3. für Hinweisschilder für öffentliche Gebäude, Rettungsdienste, Gottesdienste
 4. für Apothekenhinweisschilder ohne Werbung für Hersteller bzw. Produkte
 5. für Telefonzellen, Briefkästen, Wartehallen und Schutzdächer des ÖPNV

§ 4 Gebührenerstattung

- (1) Wird eine auf Zeit erteilte Sondernutzungserlaubnis nicht in Anspruch genommen, so werden auf Antrag 50% der erhobenen Sondernutzungsgebühren erstattet.
- (2) Im voraus entrichtete Gebühren werden anteilmäßig erstattet, wenn die Gemeinde Kuckssee die Sondernutzungserlaubnis aus Gründen widerruft, die nicht vom Antragsteller zu vertreten sind.

§ 5 Sicherheitsleistung

- (1) Die Gemeinde Kuckssee kann von dem Erlaubnisnehmer eine Sicherheitsleistung verlangen, wenn Beschädigungen an der Straße oder Straßeneinrichtungen durch die Sondernutzung zu befürchten sind. Die Höhe der Sicherheitsleistung wird nach den Umständen des Einzelfalles bemessen.
- (2) Entstehen der Gemeinde Kuckssee durch die Sondernutzung Kosten zur Instandsetzung der Straße oder der Straßeneinrichtungen, so können diese von der Sicherheitsleistung beglichen werden.
- (3) Werden nach Beendigung der Sondernutzung keine auf die Sondernutzung zurückzuführenden Beschädigungen an der Straße oder an den Straßeneinrichtungen festgestellt, wird die Sicherheitsleistung ohne Abzug zurückgezahlt.

§ 6 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Kuckssee, den 15. August 2012



N. Böttcher
Bürgermeister

Anlage 1**Gebührentarif
nach § 1 Abs.1 der Sondernutzungsgebührensatzung**

<u>Art der Nutzung</u>	<u>Nutzungsgebühr</u>	<u>Mindestgebühr</u>
1. Warenautomaten, Auslage- und Schaukästen, die mit dem Boden oder einer baulichen Anlage verbunden sind, die Baulinie überschreiten und mehr als 10% der Gehwegbreite in Anspruch nehmen, je cm der beanspruchten Verkehrsfläche jährlich	3,00 €	6,00 €
2. Aufgrabungen		
a) pro m ² /monatlich	0,50 €	10,00 €
b) pro m ² /wöchentlich	0,15 €	6,00 €
3. Bauzäune, Baugerüste, Container, Bau- und Gerätewagen sowie Lagerung von Baumaterialien, Absperrung von Sicherheitsbereichen		
a) auf Gehwegen und Plätzen sowie Fußgängerzonen		
aa) pro m ² /monatlich	0,35 €	7,50 €
bb) pro m ² /wöchentlich	0,10 €	5,00 €
b) auf Fahrbahn		
aa) pro m ² /monatlich	0,50 €	10,00 €
bb) pro m ² /wöchentlich	0,15 €	6,00 €
4. Lagerung bzw. Aufstellen von Gegenständen über die Fristen der Anlage 1 der Sondernutzungssatzung Ziffer 1 hinaus		
a) auf Gehwegen und Plätzen sowie Fußgängerzonen pro m ² täglich	0,10 €	5,00 €
b) auf Fahrbahn pro m ² täglich	0,15 €	6,00 €
5. Tische und Sitzgelegenheiten, die zu gewerblichen Zwecken auf öffentlichen Verkehrsflächen aufgestellt werden pro m ² /monatlich	2,00 €	-
6. Verkaufsstände und ambulante Verkaufseinrichtungen aller Art je angefangener m ² beanspruchter Verkehrsfläche tägl.	1,00 €	-
7. ortsfeste Verkaufsstände, Kioske, Buden, Verkaufsmobile u. ä. je angefangener m ² beanspruchter Verkehrsfläche tägl.	0,50 €	-
8. Werbe- und Hinweistafeln außerhalb der		

Stätte der Leistung			
	a) transportable Werbeaufsteller pro Stück/Tag	0,50 €	5 €
	b) vorübergehend aufgestellte Werbeanlagen mit Hinweis zum Ladenlokal pro Stück/Jahr	20,00 €	-
	c) Straßenüberspannung mit Werbung pro m/wöchentlich	2,00 €	10,00 €
9.	Informationsstände pro m ² /täglich	0,50 €	5,00 €
10.	Sonstige Sondernutzungen (Werbeveranstaltungen, Schauen, Ausstellungen u. a.) pro m ² /täglich	0,10 €	15,00 €
11.	Masten für Freileitungen, Fahnen pro Mast/wöchentlich	1,50 €	-

Für Sondernutzungen, die in diesem Tarif nicht aufgeführt sind, sind Sondernutzungsgebühren in Anlehnung an artverwandte Tarifpositionen unter Berücksichtigung der Einschränkung des Gemeingebrauchs und des gewerblichen Vorteils zu erheben.